



Meldestelle Antifeminismus



Stellungnahme der Meldestelle Antifeminismus – Lola für Demokratie e.V.

Zur Ausschussanhörung: „**Hass auf Frauen*: Wie Antifeminismus und männliche Gewalt in Berlin zunimmt!**“

46. Sitzung des Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung, am 19. Februar 2026, Berlin

Antifeminismus ist eine Ideologie und politische Strategie, die u.a. auf Misogynie und Sexismus aufbaut und sich organisiert gegen Gleichstellung, Gewaltschutz, reproduktive, körperliche, geschlechtliche Selbstbestimmung richtet sowie gegen diejenigen, die sich dafür einsetzen¹.

Die Auswirkungen eines weltweit erstarkenden Antifeminismus zeigen sich auch in Berlin u.a. in einer Zunahme antifeministischer Vorfälle sowie in gezielten Angriffen und Mobilisierungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen oder frauen-/queerpolitisch Aktive. Aber auch in der hohen Gewaltbetroffenheit von Frauen und queeren Menschen über alle Formen geschlechtsspezifischer und digitaler Gewalt hinweg² sowie in den besorgniserregenden jährlich steigenden Zahlen politisch motivierter Kriminalität und queerfeindlicher Gewalt³ im öffentlichen Raum Berlins.

Die massive Reichweite von antifeministischen, gewaltlegitimierenden Inhalten im digitalen Raum macht antifeministische Erzählungen, brutale frauenfeindliche Inhalte und ideologische Deutungsangebote bzgl. Geschlechterrollen (bspw. durch „Männlichkeitscoaches“, „Pick-Up-Artists“, aber auch rechtsextreme, fundamentalistisch-religiöse Akteur*innen) breit zugänglich. Dies spielt eine wesentliche Rolle für die antifeministische, frauen- und queerfeindliche Radikalisierung in der Bevölkerung häufig im Zusammenhang mit weiteren anti-demokratischen, extremistischen Radikalisierungseffekten – vor allem auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen⁴.

¹ Antifeministische Einstellungen sind weit verbreitet und kommen überall in der Gesellschaft vor. U.a. durch soziale Akzeptanz von Frauenfeindlichkeit und geschlechtsspezifischer Gewalt („Victim Blaming“) und die breite Anschlussfähigkeit besitzt Antifeminismus eine „Scharnierfunktion“ (Lang/Peters 2015) zu antidemokratischen und rechtsextremen Ideologien. Antifeminismus ist grundlegend verbunden mit weiteren menschenfeindliche Ideologien, wie Rassismen, Antisemitismus oder Behindertenfeindlichkeit. Die Leipziger Autoritarismus Studie zeigt regelmäßig, dass ein geschlossen antifeministisches und sexistisches Weltbild häufig auch mit rechtsextremen, autoritären Einstellungen einhergeht (vgl. [LAS 2024](#)).

² <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-23987.pdf>

<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/alle-meldungen/neue-dunkelfeldstudie-zu-gewalterfahrungen-veroeffentlicht-280248>

³ <https://www.lsbti-monitoring.berlin/de/monitoring/>

https://berliner-register.de/documents/7159/2025-Register-Jahresbericht-2024_fertig_web.pdf

<https://www.lsvd.de/de/ct/14408-Politisch-motivierte-Kriminalitaet-und-Queerfeindlichkeit-auf-neuem-Hoehchststand>

⁴ Siehe z.B. https://izi.br.de/deutsch/publikation/televizion/38_2025_2/Coutant-%20Radikalisierung_im_Jugendalter.pdf



Antifeministische Vorfälle und Erfahrungen von Betroffenen – Analysen aus der Dokumentation bei der Meldestelle Antifeminismus

Als zivilgesellschaftliche Dokumentationsstelle erfasst die „Meldestelle Antifeminismus“ seit 2023 antifeministische Vorfälle in Deutschland und wertet sie systematisch aus. Ziel ist es, die Auswirkungen des breiten gesellschaftlichen Antifeminismus und die Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen. Betroffene können auf Wunsch weiterführende Informationen und Unterstützung erhalten⁵.

Vorfälle reichen von antifeministisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen und organisierten Hasskampagnen über Körperverletzung und Brandstiftung bis hin zu systematischer digitaler sexualisierter Gewalt (vgl. Lagebild [2023](#), Kurzbericht [2024](#)). Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen treffen in den der Meldestelle übermittelten Daten eine Bandbreite verschiedener Fachbereiche, wie etwa Träger der Kinder- und Jugendhilfe, freizeitleiche Vereine, Bildungs- und Kulturprojekte. Im Zentrum antifeministischer Angriffe stehen zudem Frauenverbände, Gewaltschutzeinrichtungen, Beratungsstellen, queere (Bildungs-/)Projekte, Gleichstellungsbeauftragte und gleichstellungspolitische Verbände.

Auch in Berlin wird diese antifeministische Gewalt sichtbar, wie bspw. [eine 2023 verübte \(Brand-\)Anschlagsserie](#) zeigte, bei der u.a. die lesbische Initiative „Rad und Tat“ in Neukölln, das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten sowie die „Bücherboxx“ am Gleis 17 im Bahnhof Grunewald massiv angegriffen wurden. Die antifeministischen Motivlagen des männlichen Täters beinhalteten Antisemitismus, Homofeindlichkeit und bauten u.a. auf christlich-fundamentalistischen Glaubenssätzen auf.

Gewaltvolle Ablehnung von Gewaltschutz, betroffenen-zentrierter Arbeit und Einsatz für Frauenrechte und Gleichberechtigung wird im Stadtbild sichtbar

Im Jahr 2025 gingen bei der Meldestelle Antifeminismus zum ersten Mal auch Meldungen aus dem gesamten Bundesgebiet – darunter auch zwei aus Berlin – ein, die sich auf die Zerstörung sogenannter roter Bänke bezogen. Als öffentliche Zeichen gegen Gewalt an Frauen sind diese häufig mit entsprechenden Schriftzügen, aber auch Verweisen auf Gewalthilfeeinrichtungen gekennzeichnet. Bei den gemeldeten Sachbeschädigungen wurden die Botschaften gegen geschlechtsspezifische Gewalt teils durchgestrichen teils jedoch auch so abgeändert, dass sie zu Gewalt gegen Frauen aufrufen; Verweise auf Gewalthilfeeinrichtungen wurden unkenntlich gemacht oder entfernt. In Berlin richteten sich antifeministische Botschaften und weitere Sachbeschädigung zudem auch direkt an das Projekt, welches die Bank initiiert hatte.

Als politischer Ort finden in Berlin besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen statt – solche mit feministischen, gleichstellungspolitischen Anliegen, als auch durch antifeministische Akteur*innen organisierte. Sowohl Frauen als auch queere Personen berichten regelmäßig, dass sie auf, am Rande oder beim Verlassen der Demonstrationen antifeministisch motivierte Gewalt erfahren. Dies reicht von misogynen verbalen bis hin zu körperlichen und/oder sexualisierten Übergriffen⁶.

⁵ Zur Arbeitsweise der Meldestelle Antifeminismus und der Funktion zivilgesellschaftlicher Dokumentations- und Anlaufstellen:

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/560470/antifeminismus-sichtbar-machen-betroffene-nicht-allein-lassen/>

⁶ Auf den öffentlichen Raum entfallen auch eine hohe Anzahl von Angriffen auf queere Symboliken und queeres Leben als Ganzes. In den letzten Jahren wurden regelmäßig queere Gedenkort und Mahnmale mit extrem rechten und/oder religiös fundamentalistischen Symbolen geschändet und beschädigt – auch hier kann von einer besonderen Häufung von Vorfällen in Berlin gesprochen werden.



Frauen erfahren Angriffe und Anfeindungen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit oder Funktion

Frauen erfahren in Berlin auch im Rahmen ihrer Tätigkeit, bspw. als Gynäkologin, Pädagogin, Journalistin, Wissenschaftlerin oder in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks oder Mandatsträgerin frauenfeindliche, antifeministisch motivierte Angriffe. Der Meldestelle Antifeminismus liegen u.a. Berichte von Bedrohungen, teils massiven Diffamierungen und sexualisierter Belästigung vor. Tatsächlich gehört für viele Gleichstellungsbeauftragte (bundesweit und in den Berliner Bezirken) Antifeminismus in Form von Infragestellung, Delegitimierung, sexistischem Mobbing, struktureller Behinderung ihrer Arbeit und Mandatsausübung seit Jahren zur Arbeitsrealität. Besonders wenn sie mit Themen oder Projekten rund um Aufklärung und Bildung zu gesellschaftlicher und familiärer Vielfalt, Recht auf Schwangerschaftsabbruch oder Aktionen zum 25.11. und 08. März sichtbar werden, scheint in den vergangenen Jahren die Gefahr und Wahrscheinlichkeit von öffentlichen Anfeindungen und Angriffen aber auch von konkreten digitalen und körperlichen Bedrohungen gestiegen zu sein. Häufig wird im Rahmen der Anfeindungen mit Falschinformationen und massiven Diffamierungen gearbeitet.

Antifeminismus zeigt sich auch gegenüber Wissenschaftler*innen (besonders weiblichen) an Berliner Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, die aufgrund ihrer Tätigkeit bedroht und sexistisch beleidigt werden, oder sich teils langjährigen Diffamierungskampagnen, juristischen Angriffen und Doxing der Privatadressen im Netz ausgesetzt sehen.

Ähnliche Dynamiken beobachtet die Meldestelle Antifeminismus auch in Bezug auf Frauenverbände, Frauenberatungsstellen und geschlechtsspezifische Gewaltschutzeinrichtungen: V.a. intersektionale Projekte sowie Mitarbeiterinnen, die auch Rassismen und/oder Transfeindlichkeit erfahren, werden im digitalen Raum als Feindbild markiert und erfahren teils massive digitale Hatestorms und Angriffe auf ihre Arbeit und Persönlichkeitsrechte. Wie konkret sich Bedrohungslagen und Einschränkungen für die Zivilgesellschaft mittlerweile zeigen, spiegelt sich auch in den Fachberatungen und Fortbildungen wider, die der Trägerverein Lola für Demokratie e.V. bundesweit durchführt. Der Bedarf an Informationen und Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Präventions- und Sicherheitskonzepten war bei frauen-/gleichstellungspolitischen Organisationen und im Bereich queerer Selbstvertretung und Bildungsarbeit in 2024 und 2025 besonders hoch.

Bildungssektor als zentraler Ort im Umgang mit antifeministischer Radikalisierung und Prävention

Auch Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Schulen wenden sich vermehrt an die Meldestelle Antifeminismus und andere zivilgesellschaftliche Angebote. Die Anfragen zeigen einen großen Bedarf hinsichtlich Unterstützung und Wissen bzgl. der massiven digitalen Präsenz von gewaltlegitimierenden, zutiefst misogynen und queerfeindlichen Männlichkeitsbildern. In pädagogischen und schulischen Einrichtungen sind die Auswirkungen dieser propagierten Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen in Verbindung mit gewaltvollen Männlichkeitsbildern auf Jugendliche aller Geschlechter spürbar und stellen die Frage nach den langfristigen Auswirkungen auf geschlechtsspezifische Gewalt und die Gesellschaft. Besonders hier zeigt sich die Notwendigkeit eines konkreten und entschlossenen Gesamtkonzeptes zur Prävention und zum Umgang mit Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus im Bereich Bildung und Kinder- und Jugendarbeit.



Fazit zum Zusammenhang von Hass und Gewalt gegen Frauen und Antifeminismus

Geschlechtsspezifische Gewaltformen wie sexualisierte Gewalt, Stalking, Doxing, misogynie digitale Hasskampagnen, bildbasierte digitale Gewaltformen bis hin zu Deepfakes usw. sind nicht nur Instrument antifeministischer Angriffe und elementarer Bestandteil antifeministischer Mobilisierung. Antifeminismus hat darüber hinaus die Funktion Gewalt gegen Frauen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hasskriminalität zu legitimieren und als Handlungsoption zu rechtfertigen oder sogar einzufordern. Sowohl für den Einzelnen (z.B. für den Partner, der Partnerschaftsgewalt ausübt) als auch für antidemokratische Akteur*innen. Auch für erfolgreiche Präventionsarbeit ist ein Verständnis von Motivlagen und gesellschaftlichem Nährboden antifeministischer Vorfälle essenziell. Nur mit dem Wissen um diese Zusammenhänge können Betroffene besser geschützt werden.

„Essener Erklärung“ der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz zeigt politische Verantwortung und notwendige Maßnahmen auf

Die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) hat 2024 und 2025 in ihren Beschlüssen das Erstarken von Antifeminismus als „besondere Bedrohung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Demokratie“ identifiziert und fordert u.a. die Ressort- und länderübergreifende Zusammenarbeit hierzu zu konkretisieren⁷.

Zivilgesellschaft stärken - als notwendige Antwort auf den zunehmenden Antifeminismus und antidemokratische Effekte der Angriffe auf Gleichberechtigung und die Sicherheit/Unversehrtheit der Betroffenen

Für die Bekämpfung von Hass auf Frauen und Antifeminismus in Berlin und den Kommunen und Ländern bundesweit ist es zentral, dass das Unterstützungssystem bei Gewalt gegen Frauen, wie Frauenhäuser, Fachberatungsstellen, aber auch Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, queere Bildungsprojekte und Antidiskriminierungsstellen abgesichert werden: Durch langfristige auskömmliche Finanzierungen, aber auch durch Unterstützung in der Einrichtung von Schutzmaßnahmen- und Sicherheitskonzepten. Auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und die Berliner Registerstellen sind als Dokumentations- und Anlaufstellen wichtige Ressourcen für Betroffene, aber auch für die zivilgesellschaftliche Analyse von hoher Bedeutung. Zuletzt gilt es besonders (kommunale) Gleichstellungsarbeit und das gesetzliche Mandat zu stärken: Durch vielfältige und gesetzlich geschützte Gleichstellungsarbeit kann sowohl erstarkendem Antifeminismus und frauenfeindlicher Gewalt entgegengewirkt, als auch positive Anreize für das Herstellen von Geschlechtergerechtigkeit geschaffen werden.

⁷ Top 5.1., S.5ff <https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/35-gfmk-hauptkonferenz-protokoll.pdf>